

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Armin Clauss stellt die hessischen Vorsorgemaßnahmen gegen die radioaktive Belastung vor: Konsumenten sensibilisiert, Anbieter problembewußter.

Seite 1

Egon Lutz MdB kommentiert die Lage der Bauwirtschaft: Unternehmer haben aufs falsche Pferd gesetzt.

Seite 3

Alwin Brück MdB beklagt das Scheitern eines europäischen Studenten-Austauschprogramms: Türen zugeschlagen.

Seite 4

Heinz Menzel MdB protestiert dagegen, daß Stromabnehmer die Kernkraftpropaganda mitfinanzieren müssen: Energie-Unternehmen mißbrauchen Monopol-Stellung.

Seite 5

Dietrich Sperling MdB befaßt sich mit Neuigkeiten aus dem Bäumensterium: ... aus dem Keller betrachtet, kann es nur aufwärts gehen.

Seite 6

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

41. Jahrgang / 235

9. Dezember 1986

Radioaktive Belastung der Lebensmittel gestiegen

Becquerel-Werte wie zur Zeit der oberirdischen Kernwaffenversuche

Von Armin Clauss
Sozialminister des Landes Hessen

Die radioaktive Belastung in der täglichen Nahrung ist seit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl gegenüber 1983 um das zwanzigfache emprogeschnellt. Die mittlere tägliche Aktivitätszufuhr durch die Gesamtnahrung hat im Jahre 1983 bei etwa 0,23 Becquerel Caesium 137 gelegen. Entsprechende Vergleichswerte aus aktuellen Untersuchungen ergaben nun täglich fünf Becquerel Caesium 137. Ähnlich hohe oder höhere Werte hat es lediglich zur Zeit der oberirdischen Kernwaffenversuche gegeben - beispielsweise neun Becquerel im Jahre 1964. Aus diesen Erkenntnissen kann nur ein Schluß gezogen werden: Wir müssen weiterhin die Radioaktivität in der Umwelt und in Lebensmitteln sehr sorgfältig beobachten, Messungen vornehmen und die Bevölkerung informieren. In Hessen wurden mittlerweile 11.659 Lebensmittelproben untersucht.

Erstmals haben sich hessische „Strahlenfahnder“ auch komplette Mittagessen aus Kantinen, Krankenhäusern und Kindergärten vorgenommen. Erfreulicherweise sind 44 Prozent der Speisen völlig ohne Belastung gewesen, die übrigen nur minimal über der Nachweisgrenze. Dies ist mit ein Ergebnis der hessischen Vorsorgepolitik. Aufgrund der tausenden von Messungen und der ständigen Veröffentlichung dieser Werte hat sich nicht nur kritisches Käuferverhalten entwickelt, sondern es sind auch viele Anbieter problembewußter und vorsichtiger geworden.

In diesem Zusammenhang kann ich auf das Beispiel eines großen Herstellers von Kondensmilch verweisen, der für den Fall radioaktiver Belastung der Rohmilch eine vorübergehende Einstellung der Produktion angekündigt hatte. Noch im Sommer hatten hessische Kontrollmaßnahmen dazu geführt, daß Kondensmilchhersteller radioaktiv belastete Dosenmilch bundesweit vom Markt genommen haben.

Kleinmengen Einsatz
mit recyceltem Karton
Kopierpapier



Rechtzeitig vor Weihnachten wurde auch heimisches Nadelgehölz für Weihnachtsbäume und „Island-Moos“, das in Gärtnereien und als Schmuck verwendet wird, untersucht. Bei den „Tannennadeln“ ist ein Durchschnittswert von 136 Bq/kg festgestellt worden, der Höchstwert betrug 396 Bq/kg. Beim Island-Moos lagen die Werte im Durchschnitt bei 679 Bq/kg Caesium und der Spitzenwert wurde mit 635 Bq/kg Caesium festgestellt.

Auch die Lebensmittelkontrolleure haben sich auf Weihnachten eingestellt: Schokolade, Schokoladenmischungen, Weihnachtsmänner, Figuren, gemischtes Gebäck, Lebkuchen, Kokosgebäck, Knusperstückchen und Vanillekipferl wurden getestet. Es hat sich dabei herausgestellt, daß zwar viele Proben unbelastet sind, in Einzelfällen aber Schokoladenerzeugnisse bis zu rund 70 Bq/kg belastet waren. Der hessische Richtwert für Lebensmittel beträgt 100 Bq/kg.

Das sogenannte Strahlenschutzvorsorgegesetz von Bundesumweltminister Wallmann setzt die Gesundheit der Bevölkerung aufs Spiel. Mit dem Gesetz sollen die Bürger beruhigt werden, ohne daß gleichzeitig wirksame Maßnahmen zum vorbeugenden Gesundheitsschutz genannt werden. Noch nicht einmal Rahmen für Grenzwerte sind enthalten. Es ist eine kaum noch nachvollziehbare Unverfrorenheit, wie in diesem Gesetzgebungsverfahren elementare demokratische Spielregeln kurzerhand außer Kraft gesetzt werden. Bundesumweltminister Wallmann hat „mit Rücksicht auf den äußerst engen Zeitrahmen am Ende der Legislaturperiode“ (Originalton Wallmann) eine Stellungnahme des Bundesrates nicht an den Deutschen Bundestag weiterleiten lassen.

Es ist scheinheilig, wenn Wallmann dann kurz vor der entscheidenden Sitzung des Bundestages schriftlich bedauert, „daß es zu diesem Versäumnis gekommen ist“ und auch noch versichert, „daß eine Beeinträchtigung der Rechte und Mitwirkungsmöglichkeiten des Bundesrates nicht beabsichtigt war“.

(-/9.12.1986/rs/ks)



Die Bauwirtschaft hat aufs falsche Pferd gesetzt**Uneingelöste Versprechungen der Wendekoalition**

Von Egon Lutz MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Arbeit und Sozialordnung der SPD-Bundestagsfraktion

Unter dem 5. November 1986 tönte die Informationszentrale der bayerischen Wirtschaft, deren „Nachrichten“ allzeit bereit sind, bei Bedarf sowohl zweckoptimistische - wie -pressimistische Töne anzuschlagen, frohgemut, die „Rezessionswolken“ am bayerischen Konjunkturhimmel seien nun endlich weggefegt.

Die Novemberzahlen der Bundesanstalt für Arbeit weisen hingegen für den vergangenen Monat im Baugewerbe wieder eine Zunahme der Kurzarbeiter um 15.500 auf insgesamt 33.000 auf. Die Wetterlage kann diesmal als Erklärung schwerlich herhalten, war der November doch eher frühlinghaft.

Die Erklärung für diesen Widerspruch wird jedoch deutlich, wenn man verfolgt, wie sich die Bauindustrie selbst in den letzten Wochen zu ihrer wirtschaftlichen Lage äußerte - Unzufriedenheit ist da eher ein untertriebener Begriff.

Der „Zentralverband des Deutschen Baugewerbes“, der nach eigenen Angaben 50.000 Bauunternehmer repräsentiert, äußerte sich im Oktober anfangs noch eher verhalten:

„Der Staatsverbrauch war 1985 erstmals seit Beginn der 50er Jahre real höher als das Volumen aller volkswirtschaftlichen Anlage-Investitionen. Dieser negativen Entwicklung ist alsbald durch politische und gesetzliche Entscheidungen Einhalt zu gebieten“.

ermahnte man die Bundesregierung und fordert, einen Wechsel einzulösen, der bisher ungedeckt ist. Beklagt werden Investitionsstaus vor allem im Umweltschutz:

„Nach einer Untersuchung des Finanzplanungsrates lagen Anfang 1986 allein beim Bund rund 2,1 Milliarden DM aufgrund von Investitionshemmnissen brach“.

insistieren die Bauunternehmer dann schon deutlicher. Am 8. Oktober beeilt sich Wohnungsbauminister Schneider herauszustellen, auch die öffentliche Hand setze mit einer siebenprozentigen Zunahme der Baunachfrage deutliche Akzente.

Doch die Bauindustrie bleibt skeptisch. „Bauindustrie aktuell“, das Organ des Hauptverbandes der Deutschen Bauwirtschaft, mahnte:

„Soll eine gleichmäßig und länger anhaltende Erholung der Bauwirtschaft erreicht werden, so muß der Aufwärtstrend bei den Bauaufträgen von Bund, Ländern und Gemeinden nicht nur beibehalten, sondern an den Wachstumspfad des Wirtschaftsbaus herangeführt werden.“

Und der gleiche Dienst mäkelt in der November-Ausgabe weiter:

„Von Januar bis August 1986 stieg der ‚Produktionsindex des Bauhauptgewerbes‘ pro Arbeitstag nur um 1,1 Prozent. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitstag lag im gleichen Zeitraum noch um 2,3 Prozent unter dem Vorjahresstand. Der Umsatz des Bauhauptgewerbes unterschritt das Vorjahresniveau um 1,8 Prozent. Die Zahl der Arbeiter im Bauhauptgewerbe lag im August mit 789.000 noch immer um 1,7 Prozent unter dem Vorjahresstand.“

Da wären die Bauunternehmer mit einer SPD-Regierung besser gefahren. Gerade für den Umweltschutz sieht sie einen enormen Investitionsschub mit ihrem Programm „Arbeit und Umwelt“ vor. Die Koalitionäre haben dieses Programm vor wenigen Wochen ohne nähere Prüfung abgeschmettert.

Mit 4,7 Milliarden Kreditsumme pro Jahr würde dieses Programm in zehn Jahren die dringend benötigten Umweltinvestitionen in Höhe von rund 200 Milliarden DM finanzieren. Das ist ziemlich genau die Summe, die nach Aussage von Fachleuten bis zum Jahre 1990 in den bauintensiven Bereichen Gewässerschutz, Trinkwasser, Abfallwirtschaft, Lärmschutz und Luftreinhaltung dringend benötigt werden.

Doch diese Bundesregierung steckt die entsprechenden Steuermittel lieber in den Abbau von Vermögens- und Unternehmenssteuern oder tätigt kurzfristige, allein wahltaktische Investitionsschübe im Rüstungsbereich.

(-/9.12.1986/rs/ks)

Verantwortlich für den Inhalt
des Sozialdemokratischen
PresseDienstes



Türen zu Europa zugeschlagen

EG-Aktionsprogramm zur Zusammenarbeit von Universitäten gescheitert

Von Alwin Brück MdB

Mitglied der Europa-Kommission des Deutschen Bundestages

Das auf Anregung des ad-hoc-Ausschusses für ein „Europa der Bürger“ und auf Beschluß des Mailänder Gipfels von der Europäischen Kommission entwickelte Aktionsprogramm zur Förderung der Mobilität europäischer Studenten (ERASMUS) ist gescheitert. Das EG-Studienprogramm „ERASMUS“ hatte zum Ziel, im Sinne der Belebung europäischer Kulturpolitik, die Zusammenarbeit zwischen den Universitäten Europas sowie die gegenseitige Anerkennung von Zeugnissen und Diplomen zu fördern. Das von 1987 bis 1989 vorgesehene Projekt sollte mit einem Kostenaufwand von 385 Millionen Mark zehn Prozent aller Studenten der Gemeinschaft ein einjähriges Auslandsstudium in einem EG-Nachbarland ermöglichen.

Während die meisten Mitgliedstaaten dem Programmvorschlag der Kommission zustimmten, waren die Bundesrepublik, Frankreich und Großbritannien dagegen.

Auch Kompromißvorschläge seitens der holländischen, belgischen und luxemburgischen Vertreter, das Programm zunächst mit geringerem Finanzaufwand anlaufen zu lassen, wurden von der Bundesregierung nicht akzeptiert. Das ERASMUS-Programm war für Bundeskanzler Kohl und Bildungsministerin Wilms eine große Chance, um so ein weiteres Stück europäischer Zusammenarbeit zu verwirklichen. Es war die Chance, bundesdeutsche Europapolitik wieder glaubhaft zu machen.

Diese Chance der weiteren europäischen Integration ist vertan. Nach den europäischen Flops in der Agrar-, Umwelt- und Technologiepolitik ist nun die Bildungspolitik dieser Bundesregierung an der Reihe, Türen zuzuschlagen anstatt Türen zu öffnen. Mit der Ablehnung der Kommissionsvorschläge verbaut Frau Wilms Zehntausenden deutscher Studenten die Möglichkeit, an den Universitäten unserer EG-Nachbarstaaten wichtige Studien- und Lebenserfahrungen zu sammeln.

Mit ihrer europafeindlichen Haltung verhindert die Bildungsministerin die Gelegenheit für Zehntausende Studenten unserer EG-Partnerstaaten, an den Universitäten der Bundesrepublik zu studieren, unser Land kennenzulernen, Kontakte zu knüpfen und unsere Sprache zu lernen.

Gerade im Bereich der Jugendarbeit sowie der Kooperation der europäischen Hochschulen muß doch das Fundament ein zukünftiges vereintes Europa gelegt werden.

ERASMUS - in engem Zusammenwirken mit bereits bestehenden nationalen und europäischen Austauschprogrammen - ist ein Projekt, das Europa nicht nur in den Büroetagen der Beamten stattfinden läßt, sondern ein Europa der Bürger verwirklicht, wie es die Adenino-Kommission im Juli 1985 in ihren Vorschlägen zu einem „Europa der Bürger“ angeregt hatte.

„Den europäischen Gedanken mit Leben füllen“, das ist ein Slogan der Europapolitik Helmut Kohls. Mit der Blockierung von ERASMUS aber wird eine Aktivierung europäischen Zusammenlebens unterdrückt und abgewürgt.

(-/9.12.1986/vo-he/rs)

* * *



Energie-Unternehmen mißbrauchen Monopol-Stellung

Stromabnehmer müssen Kernkraft-Propaganda mitfinanzieren

Von Heinz Menzel MdB

Seit Jahren schon - verstärkt aber in den Monaten nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl - werben die Energieversorgungsunternehmen im gesamten Bundesgebiet mit großflächigen Anzeigen in Zeitungen und Zeitschriften für die Kernenergie.

Ganz- oder halbseitige Annoncen preisen Wirtschaftlichkeit und Sicherheit der Kernkraftwerke an. Bei der Häufigkeit dieser Werbung registrieren wir kaum noch den Inhalt der Anzeigentexte, zumal der Zeitablauf die Katastrophe in der Ukraine mehr und mehr in den Hintergrund drängt. Und doch verdient diese Werbungspraxis unter einem bisher kaum beachteten Gesichtspunkt unsere Aufmerksamkeit. Es liegt auf der Hand, daß horrende Inseratskosten in dieser Werbung stecken. Und wir alle - wir, die Stromabnehmer - bezahlen diese Anzeigen mit.

Es ist hier die grundsätzliche Frage zu stellen, was Aufgabe der Elektroversorgungsunternehmen ist. Sie genießen insofern eine Sonderstellung als sie durch Gebietsabgrenzungen der Konkurrenz entzogen sind. Sie haben nicht die Aufgabe politische zu entscheidende Fragen zum Beispiel wie die notwendige Energie erzeugt werden soll, durch Stimmungsmache zu beeinflussen. Auf die Situation bezogen heißt das, wenn die Entscheidung über die Kernenergie eine politische Entscheidung ist, kann es nicht Aufgabe der Energieversorgungsunternehmen sein, mit hohem materiellem Aufwand die Bevölkerung zu beeinflussen. Denn ihre Aufgabe ist es, nach und im Rahmen der von der Politik festgelegten Kriterien Energie zur Verfügung zu stellen.

Ihre Aufgabe ist es nicht, durch Beeinflussung zu versuchen, eine bestimmte Stimmung zu erzeugen.

Wie wichtig das ist, zeigte die vor Jahren von den EVU mit großem Aufwand betriebene Kampagne vom „Pfennigspaß“, durch die Verbraucher animiert werden sollten, mehr Strom zu verbrauchen. Auch diesen volkswirtschaftlichen Unsinn mußten die gleichen Verbraucher über den Strompreis bezahlen.

Und bei der Monopolstellung der Energieversorgungsunternehmen ist es volkswirtschaftlich unverantwortlich, auf Kosten der stromabhängigen Bevölkerung für die Kernkraft zu werben, anstatt die Strompreise zu senken.

Die Werbungspraxis der Energieversorgungsunternehmen signalisiert dem Wirtschaftsminister, daß die Strompreise unangemessen hoch kalkuliert sind. Das Energiewirtschaftsrecht stellt ihm Instrumentarien zur Verfügung, mit denen er auf die Preispolitik Einfluß nehmen (kann) und überhöhten Strompreisen entgegenzutreten kann.

Auch die Aufsichtsräte und Beiträge in den Energieversorgungsunternehmen sind aufgerufen, dafür zu sorgen, daß diese Unternehmen ihre Aufgaben erfüllen. Dazu gehört nicht, mit Millionen auf Stimmung zu machen oder gar wie bei der Aktion „Pfennigspaß“ volkswirtschaftlichen Unsinn zu propagieren.

Wir - die Stromabnehmer - sollten uns jedenfalls nicht gefallen lassen, daß die Vorstände der EVU - deren Unternehmen durch Gebietsabgrenzungen ja keine Konkurrenz kennen, Geld, das wir über die Preise aufbringen, für Zwecke verwenden, die nicht zu ihren Aufgaben gehören.

(-/9.12.1986/rs/fr)

* * *

Neuigkeiten aus dem Hause Schneider

... oder aus dem Keller betrachtet, kann es nur aufwärts gehen

Von Dietrich Sperling MdB

Minister haben es gerne, wenn sie in der Zeitung stehen. Hauptsache, sie stehen, womit ist manchem zweitrangig.

Wenn ihnen nichts mehr einfällt, sagen sie halt immer wieder das gleiche und hoffen, daß es keiner merkt, so wie der Bundesbauminister:

- Am 4. Juni (Pressemitteilung Nr. 44) teilte er mit: „Eine Wiederbelebung der Nachfrage erwartet der Bundesbauminister noch in diesem Jahre im Bereich der Einfamilienhäuser.“
- Schon am 12. August wußte er (Pressemitteilung Nr. 60): „Im Eigenheimbau geht's weiter aufwärts.“
- Einen Monat später ging's noch weiter aufwärts (Pressemitteilung Nr. 73): „Eigenheimbau weiter im Aufwärtstrend.“
- Und schon am 2. Oktober (Pressemitteilung Nr. 74) war sich der Bauminister endgültig sicher: „Der Eigenheimbau wird schon in diesem Jahr deutlich zunehmen.“
- Und schon zwei Wochen später kam eine neue Nachricht (Pressemitteilung Nr. 82): „Anhaltende Aufwärtstendenz bei Einfamilienhäusern.“

Herr Geißler hätte seine Freude an dieser semantischen Strategie. Vor allem, wenn man berücksichtigt: Trotz allem Aufwärts-Gerede wird das Niveau vergangener Jahre nicht erreicht. 1981 wurden über 100.000 Einfamilienhäuser genehmigt, 1985 waren es nur noch 78.000. Aus dem Keller betrachtet, kann es nur aufwärts gehen.

(--/9.12.1986/rs/fr)

* * *

